

**Berlins historische Mitte** Warum die Metropole die Leere zwischen Schloss und Alexanderplatz wieder bebauen sollte – Ein Plädoyer

■ VON HANS STIMMANN

Das Thema „Berlin und sein historisches Zentrum“ ist mit der Entscheidung für Franco Stellas Schloss-Entwurf am 28. November 2008 keineswegs abgeschlossen. Im Gegenteil: Das ambitionierte Projekt zur Einrichtung eines „Humboldt-Forums“ hinter den rekonstruierten Fassaden des Berliner Stadtschlusses markiert den Beginn einer neuen Etappe in der schwierigen Beziehung der Stadt zu ihren Geburtsorten zwischen St. Marien, Rathaus, dem Molkenmarkt, St. Petri, der Werderschen Kirche und – darin eingeschlossen – dem Schloss.

#### Staatszentrum statt Stadtzentrum

Die problematische Wahrnehmung dieser ältesten Teile Berlins beginnt bei der Bezeichnung. In jeder anderen europäischen Metropole redete man voller Stolz über die Altstadt: Barcelona, Lissabon, London, Madrid, Mailand, Paris, Prag, Rom, Wien. Dies galt auch für Berlin, allerdings nur bis etwa zur Mitte des 19. Jahrhunderts und danach nur sehr verhalten bis zu ihrer physischen Zerstörung durch die Bomben des Kampfs um Berlin und die darauf folgende weit radikalere „zweite Zerstörung“ durch Politik und Planung in den Jahren nach 1945. Ging es schon in den Zwanziger- und Dreißigerjahren nicht mehr nur um die verkehrsgerechte Modernisierung der Altstadt, sondern um eine radikale City-Bildung der „neuen Weltstadt“, machte man sich nach 1945 an die verbale, planerische und physische Abschaffung der Altstadt. An ihre Stelle trat nun das Zentrum der „Stadt von morgen“, das nach der Gründung der DDR die Gestalt eines neuen Staatszentrums annahm.



Abendstimmung an der Spree: Heizkraftwerk, Rotes Rathaus, St. Marienkirche und Fernsehturm bilden die Silhouette des Berliner Stadtzentrums

FOTO: PA/DP

Um dieses Ziel zu erreichen, wurden nicht nur das Schloss, Kirchen, Klöster und Synagogen abgerissen, sondern die Plätze und Bauten für das politische Zentrum der DDR lösten die Altstadt mit ihrem traditionsreichen, im Stadtbild deutlich sichtbaren Stadtgrundriss ab und verwandelte sie in den zentralen Raum des neuen Staats. Auch nach dem Untergang der

DDR und dem Rückzug des demokratischen Staats aus diesem ursprünglich städtischen Ort blieb es bei der aus der DDR-Zeit übernommenen Bezeichnung der Altstadt als „Zentrum“ oder abstrakter „Mitte“ bzw. aus der wiedervereinigten Planerperspektive als „City Ost“.

Diese begriffliche Unsicherheit ist allerdings nur ein Ausdruck für

die tatsächlichen Schwierigkeiten im Umgang mit dem historischen Erbe dieses Ortes, dessen städtebauliche Merkmale durch den raumgreifend umbauten Fernsehturm, die freigelegte St. Marienkirche, eine große namenlose Leere mit einem Denkmal von Marx und Engels und breite Autoschneisen gekennzeichnet sind. Eine Altstadt mit Markt und Straßen existiert nicht,

weder im Bewusstsein ihrer heutigen Bewohner und Besucher, noch in der Wirklichkeit.

Die Hauptstadt der Deutschen, die sich inzwischen wieder bewusst in die Tradition und Kultur der europäischen Stadt einreihet, ist als polyzentrales Gebilde ohne Altstadt allenfalls ein Kuriosum. Die trotz der starken Kriegszerstörungen bis weit in die Nachkriegszeit gut er-

haltenen Stadtgrundrisse von Alt-Berlin (mit dem Neuen Markt, St. Marien, St. Nikolai), der Parochialkirche und der Alten Synagoge, Cölln (mit St. Petri), dem Friedrichswerder und der Friedrichswerderschen Kirche am Markt wurden unmittelbar nach Kriegsen-



Senatsbaudirektor a. D.  
**Hans Stimmann**

wurde 1941 in Lübeck geboren und war von 1991 bis 2006 Senatsbaudirektor bzw. Staatssekretär für Stadtentwicklung in Berlin. Der Architekt und Stadtplaner konzipierte das Planwerk Innenstadt.

de durch den „Kollektivplan“ zunächst planerisch ausgelöscht, um Teil einer gänzlich neuen Idee einer Stadtlandschaft mit einer „grünen Mitte“ nach dem Bild von Hans Scharoun zu werden, um dann nach 1950 programmatisch zum politischen und architektonischen Zentrum des neu gegründeten DDR-Staats ausgebaut zu werden.

Aus den Trümmern der schon durch die Nazis schwer angeschlagenen Stadtmitte wurde nach weiteren rücksichtslosen Abrissen, Enteignungen der Grundstückseigentümer und den Mustern schnell wechselnder, radikaler Planungen schließlich die funktionale und räumliche Mitte des DDR-Staats und ihrer sozialistischen Einheitspartei (SED). Dazu gehörten Auf-

marschplätze, das Staatsratsgebäude, das Außenministerium, der Palast der Republik, das Haus des ZK der SED in der ehemaligen Reichsbank, zuletzt der Fernsehturm, das Marx-Engels-Forum und begleitende breite Autoschneisen. Besonders brutal geschah dies mit der Verbreiterung der Gertraudenstraße u.a. über das St.-Petri-Kirchengrundstück und den Petriplatz sowie mit dem Durchbruch zwischen Molkenmarkt und Grunerstraße vorbei an dem zum „Haus des Ministerrats“ umgebauten Stadthaus. Die Planungen für die Hauptstadt der DDR sind Musterbeispiel einer kulturellen „Ostintegration“ des Stadtzentrums im ehemals sowjetisch besetzten Teil von Berlin.

Nach dem abrupten Ende des DDR-Staats und der damit verbundenen Auflösung der Volkskammer, des Staats- und Ministerrats der DDR, der herrschenden Einheitspartei der SED und der von ihr kontrollierten Ministerien hat sich die Staatsmitte des wiedervereinigten Deutschlands funktional wieder auf die früheren Standorte entlang der Wilhelmstraße und auf das Gebiet rund um den alten Reichstag am Platz der Republik verlagert. Lediglich das Außenministerium im Gebäude der ehemaligen Reichsbank bzw. des ZKs der SED erinnert noch an die Verstaatlichung der Berliner Altstadt. In direkter Nachbarschaft dieses mächtigen Regierungsgebäudes werden inzwischen mit den individuellen „Townhouses“ die deutlichsten Anzeichen einer Reurbanisierung sichtbar. Ansonsten wartet die „Staatsbrache“ auf dem Areal der früheren Altstadt wie eine aufgege-

bene Industrie- und Geschäftshäuserfläche auf eine neue städtische Nutzung.

Was liegt näher, als gerade hier und heute eine Verstädterung mit bürgerlichen Wohn- und Geschäftshäusern auf der Grundlage des jahrhundertalten Stadtgrundrisses anzustreben, um den erhaltenen Kirchen wieder einen Sinn und einen städtebaulichen Rahmen und Maßstab zu geben und schließlich die räumliche Isolierung des Humboldt-Forums aufzuheben?

Entsprechende Vorschläge im Rahmen der Debatten über das von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung aufgestellte Planwerk Innenstadt sind in den Jahren 1996 bis 1999 als scharf kritizierter Versuch, die gesellschaftlichen Verhältnisse in die Zeit vor der DDR-Gründung zurückzudrehen, politisch und fachlich teilweise auf der Strecke geblieben. Soweit mit dem Planwerkschluss des Berliner Senats von 1999 im Bereich Molkenmarkt/Großer Jüdenhof/Graues Kloster Teile davon akzeptiert wurden, blieben sie bis heute ohne praktische bauliche Folgen. Die ältesten Teile Berlins verharren so weiter in dem Zustand von 1989.

#### **Geburtsorten wieder Form geben**

Annähernd zwei Jahrzehnte nach dem Ende der DDR und der von ihr gewaltsam besorgten Transformation der Altstadt in das Staatszentrum der DDR wird es Zeit, den Geburtsorten Berlins wieder Inhalt und Form zu geben, die über den heutigen Zustand von „Ost-Berlin“ nach dem Palastabbriss hinausweisen. Der derzeitige politische Stillstand muss aufgehoben werden, damit in einigen Jahren das histori-

sche Zentrum Berlins mit Kirchen, Rathaus, Schulen, Bürgerhäusern, Straßen und Plätzen wieder zu dem Ort wird, von dem aus sich für alle Berliner die aus den Mauern der Altstadt über Jahrhunderte gewachsene Metropole Berlin erklärt.

Dabei geht es gar nicht hauptsächlich um das Schloss, sondern um den Umgang mit der Stadt der Handwerker, Bürger und Kaufleute, also um Alt-Berlin, Cölln und den Friedrichswerder. Während in Alt-Cölln die Kirche, das Rathaus, Straßen und Plätze und damit die architektonischen Bedeutungs- und Erinnerungsträger komplett fehlen, sieht es im Quartier von Alt-Berlin nur auf den ersten Blick besser aus. Hier stehen zwar die St. Marienkirche und das Rathaus, und es fehlen „lediglich“ die Bürgerhäuser an den alten Adressen: Neuer Markt, Heilig-Geist-Straße, Bischofstraße, Hoher Steinweg, Neuer Markt, Kleine Poststraße, Burgstraße. Erst mit einer Rekonstruktion des Stadtgrundrisses und der Bebauung mit Häusern, die den Maßstab der Altstadt aufnehmen, erhielten das isolierte Rathaus und St. Marien ihre Rolle als herausragende Bauten der Kirche bzw. der Kommune im historischen Zentrum der europäischen Stadt Berlin zurück.

Was so einfach klingt, ist in der Praxis trotz des regierungsamtlich proklamierten Trends zur gemischten Nutzung der Innenstadt offensichtlich planungspolitisch schwer zu machen, da eine kritische Rekonstruktion des Stadtgrundrisses und der Bau von Stadthäusern nur als Generalrevision der Verstaatlichungsplanung der DDR möglich ist. Dies war 1999, also zehn Jahre

nach dem Fall der Mauer, noch nicht möglich. Im Planwerkschluss des Senats von 1999 wurde für dieses Gebiet der Status quo als politische Zielvorgabe fixiert.

Diese Position wurde bis heute nicht revidiert.

Neu ist lediglich die Planfeststellung der U-Bahn-Linie U5 mit einem neuen Bahnhof vor dem Rathaus. Für den Bau der U-Bahn ist allerdings (mindestens vorübergehend) der Abbau des Marx-Engels-Denkmal notwendig. Vielleicht animiert diese technisch notwendige Maßnahme eine größere Berliner Öffentlichkeit zur Zustimmung zum überfälligen Abschied von der politischen und ästhetischen Zumutung des DDR-Staatsraums und zur Wiedergewinnung des gebauten Stadtgedächtnisses als Voraussetzung für ein gemeinsames stadtbürgerliches Selbstverständnis.

Zur Vorgehensweise der kritischen Rekonstruktion gehört gerade in der verstaatlichten Altstadt die Wiederherstellung des Parzellenmusters für individuelle Häuser und damit der Respekt für und die Erinnerung an ehemalige Eigentümer und Nutzer.

Erst beides zusammen ermöglicht es, diesen Teil der Berliner Altstadt als ein Dokument ihrer Entwicklung als europäische Stadt wieder lesbar zu machen.

Der Beitrag ist die gekürzte Fassung der Einleitung zum Buch „Berliner Altstadt. Von der DDR-Staatsmitte zur Stadtmitte“, das Anfang Juni in den Buchhandel kommt (Hans Stimmann, DOM Publishers, Berlin, 192 S., über 150 Abb., 38 Euro)

# Streit um die Gestaltung der Mitte Berlins

Eine neue Altstadt oder Erhalt der Ost-Moderne? Die Diskussion um das Marx-Engels-Forum

■ VON ISABELL JÜRGENS

Im Gegensatz zu den anderen Metropolen Europas, die alle über einen dicht bebauten, historisch gewachsenen Innenstadtkern verfügen, bietet die Mitte Berlins viel freie Fläche, in die ein paar Großbauten eingestreut sind. Über diesen Zustand, der nur zum Teil den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges geschuldet ist, wurde seit der Wende immer wieder diskutiert. Zum Streitfall wurde die Mitte Berlins jedoch erst durch eine Bemerkung von Kulturstaatssekretär André Schmitz (SPD). Der hatte angeregt, das Marx-Engels-Forum, die Grünfläche zwischen Fernsehturm und Schloßplatz, wieder mit Wohn- und Geschäftshäusern zu

bebauen. Hier habe schließlich einst das „Herz der Stadt“ geschlagen, sagte Schmitz. Als er für diesen Vorschlag im April auch noch Rückendeckung vom Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) bekam, war der Koalitions-Krach perfekt. Schließlich ist im Koalitionsvertrag mit den Linken festgehalten, dass der Platz mit der Bronzeskulptur der Gründerväter des Sozialismus als Grünanlage erhalten werden soll. Die umgehende Antwort der Linken auf den geballten Angriff auf die Ost-Moderne blieb denn auch nicht aus. Die Kritiker sahen in dem Vorschlag städtebaulichen Revanchismus, rückwärtsgewandtes Spießertum und die leichtfertige Aufgabe von hochwertigen Freiflächen. Auch die

Grünen setzen sich nachdrücklich für den Erhalt des Parks ein.

Die Debatte erhitze auch die Gemüter der Architekten und Stadtplaner. Während die einen den Vorstoß des Regierenden „ganz wunderbar“ fanden wie etwa Adlon-Architekt Rüdiger Patzschke, setzen sich andere, wie etwa Wilfried Kuehn vom Büro Kuehn Malvezzi vehement für den Erhalt der Ost-Moderne ein. Die Gewinner des Sonderpreises im Wettbewerb zum Bau des Humboldt-Forums plädieren dafür, am Marx-Engels-Forum nichts zu ändern. Falls dort gebaut werde, dränge sich jedoch nur eine Lösung auf: die Rekonstruktion des Palastes der Republik.

Zuletzt schienen sich nur noch die zuständige Stadtentwicklungs-

senatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) und ihre Senatsbaudirektorin Regula Lüscher an die Koalitionsabsprache zu erinnern. So verweist die Senatorin auf ein laufendes Wettbewerbsverfahren zur Gestaltung der Freiflächen rund um das Humboldt-Forum. Und auf den Beschluss des Abgeordnetenhauses, dort „einen von Grün geprägten Stadtraum“ zu entwickeln.

Doch auch die Senatorin rückt nun offenbar von dieser Position ab. Im Kulturausschuss gestand Junge-Reyer zu, dass der Grünraum nicht ewig unantastbar sei und eine Teilbebauung, etwa mit der Berliner Kunsthalle, durchaus vorstellbar sei. Die Rekonstruktion einer Altstadt lehnte sie jedoch nachdrücklich ab.